

# Nachrichten für Naumburg

## und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinbe, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Threna usw.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtsgerichtspräsidenten in Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Er erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr  
Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Zeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklametext (Bsp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei unentgeltlich geführten, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Vertrauensamt Naumburg Nr. 2

Druck und Verlag: Böhm & Cule, Naumburg bei Leipzig, Markt 3

Nummer 21

Donnerstag, den 16. Februar 1928

39. Jahrgang

### Amtliches.

In der gestrigen 3. diesjährigen Sitzung der Stadtverordneten ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Beschlusstext wurden 3 Baugesuche, darunter ein Baugesuch wegen der 4 in Aussicht genommenen Doppelhäuser der Stadtgemeinde an der Wurzener Straße (Malzstoffsiedlung).
2. Vom Unterwasserbau des Leitungswassers nahm man Kenntnis; das Wasser war einwandfrei.
3. Die Stadthausrechnungen auf die Jahre 1924 und 1925 wurden richtig gesprochen.
4. Von der Forderung für die Unfallversicherung beim Gemeindeversicherungsverband zu Leipzig nahm man Kenntnis.
5. Die Übertragung des Pachtverhältnisses der Firma Julius Neumann wegen eines Feldgrundstückes an Herrn Werner Neumann wurde genehmigt.
6. Mit der Aufnahme eines Darlehens von 100.000 G.M. zu Wohnbauzwecken von der Kreditanstalt Südlicher Gemeinden in Dresden erklärte man sich einstimmig einverstanden.  
Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Naumburg, am 15. Februar 1928. Der Stadtrat.

Die Gewerbesteuererklärungen für das Rechnungsjahr 1928 sind nunmehr bei Vermeidung von Verzögerungen bis einschließlich dem

### 20. d. M.

hier, Rathaus, Zimmer 15 einzureichen.  
Naumburg, am 14. Februar 1928. Der Stadtrat.

### Bersteigerung.

Freitag, den 17. Februar 1928, nachmittags 2 Uhr sollen im Grundbuch Lange Straße 40 verschiedene Mädelstücke und Ackergerätschaften versteigert werden.  
Naumburg, am 15. Februar 1928. Der Stadtrat.

### Allgem. Ortsratentasse Grimma-Land.

Sonntag, den 26. Februar 1928, vormittags 1/2 12 Uhr im Gasthof „Stroh“ zu Grimma  
Soll die 1. Sitzung des neugewählten Ausschusses stattfinden, zu der die Herren Mitglieder des Vorstandes und des Ausschusses ganz ergebenst eingeladen werden.

### Tagesordnung:

1. Wahl eines Vorstehers.
2. Wahl zweier Stellvertreter.
3. Wahl des Rechnungsausschusses.

Grimma, am 14. Februar 1928. Der Vorsitzende des Vorstandes.

Freitag den 17. ds. Mon., vorm. 11 Uhr sollen in Naumburg im Gasthaus „Gambinus“ 1 Trueme, 1 Schrank-Grammophon mit elektrischem Antrieb und 1 neue Gebetsband meistbietend öffentlich gegen Barzahlung versteigert werden.  
Grimma, am 16. Februar 1928 Qu. 1, 2848, 3420, 3704/27.  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

### Gerüchte um die Reichsmarine.

Das Reichswehrministerium untersucht.

In der Öffentlichkeit werden nach Angaben, die der Landtagsabgeordnete Ernst Heilmann auf dem Preustentag der Sozialdemokratie gemacht hat, Gerüchte wiedergegeben, die sich mit angeblichen Beziehungen zwischen der Reichsmarine und dem Wikinger (Erhardt-Deute) befassen. Heilmann teilte einen Briefwechsel über die Befehung einer Stelle bei der Reichsmarine mit einem Wikinger mit und eine Anzahl anderer Briefe, aus denen hervorgeht, daß Erhardt und seine Anhänger auf die Stellenbesetzung in der Wehrmacht Einfluß zu gewinnen trachteten.

Das Reichswehrministerium beschäftigt sich, wie auf eine Anfrage mitgeteilt wird, bereits mit der Prüfung der veröffentlichten Dokumente und dürfte nach Abschluß der Untersuchung mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit treten.

### Kampffront der Metallarbeiter.

Rundgebung in Stuttgart.

Die Tagung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die in Stuttgart stattfand, hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der u. a. weitreichende Lohn- und Preispolitik, soziale Bekämpfung der Steuern, durchgreifende Maßnahmen gegen die monopolistische Marktbeherrschung, Abbau der Zölle und in erster Linie Stärkung der Massenkaufkraft durch Lohn- und Preispolitik, die der Produktionssteigerung entspricht, verlangt werden.

In der Entschließung heißt es weiter: Die neuerlich vom Gesamtvorstand Deutscher Metallindustrieller angeordnete Gesamtaussperrung der deutschen Metallarbeiter ist eine Bedrohung der ganzen Bevölkerung und eine Schädigung der deutschen Wirtschaft. Der Deutsche Metallarbeiterverband steht den Maßnahmen der Metallindustriellen mit größter Ruhe in dem Bewußtsein entgegen, daß seine Lohnforderungen berechtigt sind und zugleich dem Interesse der gesamten Wirtschaft dienen. Der erweiterte Beirat erwartet, daß die Kollegen den ihnen aufzugelegenen Kampf in der gleichen mustergetreuen Weise fortsetzen, bis die Unternehmer zu einem die Arbeiter befriedigenden Abschluß bereit sind.

Der Reichsarbeitsminister hat sich mit Rücksicht auf die drohende Ausdehnung des Kampfes entschlossen, von Amts wegen ein neues Schlichtungsverfahren einzuleiten. Die Verhandlungen finden voraussichtlich am Freitag, dem 17. Februar, im Reichsarbeitsministerium statt.

## Vor der Reichstagsneuwahl

### Schulgesetz endgültig gescheitert.

Beratungen des Kabinetts.

Das, was seit einigen Tagen fast mit Sicherheit schon vorausgesagt werden konnte, ist eingetroffen. Auch der letzte Versuch, in erneuter Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien noch eine Einigung zu erzielen, ist gescheitert. Damit ist die so lange behandelte Schulgesetzvorlage vorläufig als undurchführbar beseitigt, gleichzeitig aber auch die Koalition der Regierungsparteien zerbrochen und die Frage, wann demgemäß der Reichstag aufgelöst wird und die Neuwahl stattfindet, tritt in den Vordergrund.

Der Interfraktionelle Ausschuss trat Mittwoch früh unter Vorsitz des deutschnationalen Führers Grafen Westarp zusammen. An der Verhandlung nahmen auch Reichsjustizminister Hertig als Vizekanzler an Stelle des erkrankten Reichskanzlers und Reichsinnenminister von Reudell teil. Abschluß wurde folgender Bericht über das Resultat der Besprechungen veröffentlicht:

„Der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien trat am Mittwoch um 10.15 Uhr im Reichstage in Gegenwart der Reichsminister von Reudell und Hertig wiederum zusammen. Bei der Unvereinbarkeit der sich gegenüberstehenden Forderungen der Parteien waren die Beratungen nur noch von kurzer Dauer. Sie endeten mit der Feststellung, daß von keiner Seite brauchbare Kompromißvorschläge gemacht worden und daß damit die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz als gescheitert zu betrachten seien.“

Nach dieser Entscheidung treten die nun noch abzuwickelnden Dinge mehr in die zweite Linie der Formalitäten zurück. Das jetzige Kabinett wird bis zur geschäftlich zu verlaufenden Auflösung des Reichstages im Amte bleiben und nach Vereinbarung einen Teil der im Hindenburg-Brief unrischen dringenden Aufgaben erledigen. Die Zusammensetzung des Koalitionskabinetts März wird dabei nicht berührt. Seine Aufgabe besteht darin, mit allen Parteien den Termin der Neuwahlen zu vereinbaren und das Arbeitsprogramm, das bis zur Auflösung des Reichstages erledigt werden soll.

### Das Schicksal des Schulgesetzes.

Zu den Verhandlungen im Interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien des Reichstages erfährt man von parlamentarischer Seite: Abg. von Guérard (Str.) stellte unter Zustimmung der anderen Parteien fest, daß



Graf Westarp,

Vorsitzender des Interfraktionellen Reichstagsausschusses.

die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz eine Aussicht nicht bieten. Abg. Graf Westarp (Dtn.) schloß die Sitzung mit dem Ausdruck des Dankes an die Koalitionsmitglieder und gleich mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß das große Werk in diesem Augenblick nicht hat erledigt werden können. Hinsichtlich des Schicksals des Reichsschulgesetzes nannte Graf Westarp folgende drei Möglichkeiten: daß es entweder von der Reichsregierung zurückgezogen wird, oder daß der Ausschuss mit dieser Tagesordnung nicht mehr zusammentritt, oder schließlich, daß die Entscheidung über das Schulgesetz in offener Feldschlacht im Reichstage fällt.

### Sitzung des Reichskabinetts.

Sofort nach Abschluß der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses fand eine Besprechung der Parteiführer der Regierungsparteien mit den Kabinettsmitgliedern über die durch den Abbruch der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz geschaffene Lage statt. Man war sich einig darüber, daß es Sache des Reichskabinetts sei, die weiteren Beschlüsse zur Lage zu fassen. Es wird der Versuch gemacht, eine Grundlage zu finden, die die Erledigung aller dringlichen Aufgaben der Regierungsbürokratie ermöglicht. Die Besprechungen werden in einer für Mittwochabend anberaumten Kabinettsitzung fortgesetzt werden.

Vorausichtlich wird es dabei bleiben, daß der Reichstag bis Ende März den Etat und den Nachtragsetat, die landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen und das Liquidationsschädengesetz erledigt und daß die Neuwahlen Anfang Mai stattfinden.

### Stimmen aus den bisherigen Koalitionsparteien.

In einer Erklärung der Deutschnationalen heißt es: Alle Bemühungen, alle Bereitwilligkeit der Deutschnationalen Volkspartei entgegenzukommen, sind vergeblich gewesen. Die Schwierigkeiten, die in der Sache selbst lagen, hätten überwunden werden können. Aber die Deutsche Volkspartei hat sich fortgesetzt in Gegenwart von den drei anderen Regierungsparteien gestellt. Es ist Sache der christ-



Abg. v. Guérard,  
der Sprecher des Zentrums.



Abg. D. Wumm,  
Vorsitz. des Bildungsausschusses.

lichen Elternschaft, weiterhin aus starke anzuspannen, um ihr Recht an der Erziehung ihrer Kinder zu wahren.

Der Vorsitzende des Bildungsausschusses des Reichstages, der sich so eingehend mit dem Gesetz beschäftigte, der Abgeordnete Wumm (Dtn.) hat seine Auffassung dahin fundiert, daß die Frage des Schulgesetzes bei der nächsten Regierungsbildung wiederum eine entscheidende Rolle spielen werde.

Von Zentrumskreise verlautet, man betrachte die Koalition nach dem Scheitern des Schulgesetzes bereits als nicht mehr vorhanden. Herr von Guérard habe im Interfraktionellen Ausschuss schon unmissverständlich gesprochen.

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, in der daraus hingewiesen wird, daß die Regierungskoalition nicht allein zur Erledigung des Schulgesetzes zusammengetreten ist, sondern, daß eine große Zahl von bedeutungsvollen Aufgaben von ihr bereits erfüllt ist und noch erfüllt werden muß. Angesichts dieser Sachlage ist die Deutsche Volkspartei der Auffassung, daß die Auflösung der Koalition und die damit verbundene Auflösung des Reichstages nicht gerechtfertigt werden kann. Sie war jedoch durch die Erklärung der übrigen Regierungsparteien in die Zwangslage verlegt, die Kündigung der Koalition zur Kenntnis zu nehmen. Gescheitert ist das Schulgesetz an der Überspannung der Forderungen des Zentrums, die im Endeffekt zu einer Untergrabung der Autorität des Staates über die Schule geführt hätten.

### Beschlüsse des Reichskabinetts.

Berlin. Das Reichskabinett beriet in einer Sitzung, die zwei Stunden dauerte, die parlamentarische Situation, wie sie sich nach der jetzigen Lage ergeben hat. Wie im Reichstage verlautete, hat das Kabinett das Arbeitsprogramm aufgestellt, nach dem die noch ausstehenden Arbeiten dem Wunsch des Reichspräsidenten entsprechend vom Reichstag erledigt werden könnten. Dieses Programm wurde in der gemeinsamen Sitzung der Mitglieder des Reichskabinetts und der Parteiführer vorgelegt, die im Anschluß an die Kabinettsitzung zu den angefüglichen Beratungen zusammentraten.

### Der kommende Wahlkampf.

Das Hin und Her zwischen den bisherigen Regierungsparteien im Reichstag ist zu Ende. Am Mittwoch ist die Koalition auseinandergegangen. Es bleibt nur noch übrig, kurz festzustellen, daß einerseits die Deutsche Volkspartei erklärte, sie sei nicht bereit, in der Reichsschulgesetzfrage irgendwie nachzugeben, vielmehr ihre Ablehnung sogar von manchem, was darüber schon beschlossen war, geltend gemacht hat, während das Zentrum in einer längeren Fraktionssitzung beschloß, die Koalition als gelöst anzusehen, wenn eine Einigung über das Schulgesetz nicht zustande komme. In der Mittwochsitzung des Interfraktionellen Ausschusses wurde demgemäß nur noch die Feststellung gemacht, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte, und man ging auseinander. Der Hindenburg-Brief ist also nicht im ganzen wirksam geblieben, denn es soll vom Reichstag jetzt nur noch der Etat erledigt werden und vielleicht noch die Hilfsaktion für die Landwirtschaft. Alles andere, wie Rentenrentenverfugung, Liquidationsschädengesetz und Reform des Strafrechts, fallen unter den Tisch; hoffentlich gewinnt man aber Zeit, eine Übergangsform zu finden, damit wenigstens die Arbeit am Strafgesetzbuch nicht ganz vergebens gewesen ist.

In der Hauptsache handelt es sich jetzt natürlich um den Zeitpunkt der Reichstagsauflösung und der Neuwahlen. Die Opposition will gegen eine gedrängte Beratung und Erledigung des Etats nichts einwenden und so werden wohl auch die Deutschnationalen, denen sofortige Neuwahlen erwünscht wären, sich damit einverstanden erklären müssen, daß der Reichstag doch noch eine Zeilang zusammenbleibt, um wenigstens jene beiden Gesetze zu erledigen; sie werden es auch deswegen tun, weil sonst bei einem Widerstand ihrerseits sehr leicht gerade die Hilfe für die Landwirtschaft gefährdet werden könnte. Das wollen sie natürlich nicht.